

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 5 (1977)

DOI: 10.11588/fr.1977.0.48710

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

WOLFRAM WETTE

NS-PROPAGANDA UND KRIEGSBEREITSCHAFT  
DER DEUTSCHEN BIS 1936 \*

1. Was ist und wie analysiert man *Kriegsbereitschaft*?

Wenn im Deutschland der Zwischenkriegszeit von *Wehrwillen*, vom *Wehrgedanken* und – weniger häufig – von *Kriegsbereitschaft* gesprochen wurde, so stand denen, die solche Begriffe benutzten, als Ideal der August 1914 vor Augen, in dem nahezu die gesamte deutsche Bevölkerung in einer – heute nicht mehr vorstellbaren – Begeisterung auf den Kriegsbeginn reagiert hatte und in dem es so schien, als sei die in Klassen gespaltene deutsche Gesellschaft nunmehr durch die Bedrohung von außen zu einer einigen nationalen Gemeinschaft verschmolzen. Im verklärenden Rückblick der Nationalisten galt der August 1914 als die Geburtsstunde der deutschen Nation und damit zugleich als die Geburtsstunde eines *Volkskörpers*, der eine optimale militärische Kraftentfaltung garantierte.

Wie der damalige Begeisterungssturm schien auch das Schützengrabenerlebnis in den vier Weltkriegsjahren mit seinen Bedrohungen, Entbehrungen und Kameradschaftserfahrungen ein Beweisstück dafür zu sein, daß die Klassenspaltung zugunsten einer Gemeinschaft des ganzen Volkes überwunden war: Im Schützengraben waren alle gleich, ob reich oder arm, ob an der Spitze oder am Ende der gesellschaftlichen Hierarchie stehend. Wie wenig diese Sicht mit den wirklichen Verhältnissen in der deutschen Gesellschaft übereinstimmte, bewies spätestens die Revolution von 1918.<sup>1</sup> Gleichwohl entwickelte sich im Lager der politischen Rechten alsbald jener folgenreiche Frontsoldaten-Nationalismus, in dem die Volksgemeinschafts-Ideologie eine herausragende Rolle spielte.

Sie war, und dies verdient betont zu werden, nicht etwa ein spezifisch faschistisches Gesellschaftsideal, sondern sie wurde in dieser oder jener

---

\* Beitrag zu dem am 10.–12. März 1977 in Paris vom Comité International d'histoire de la 2<sup>e</sup> guerre mondiale veranstalteten Kolloquium »La France et l'Allemagne de 1932 à 1936«.

<sup>1</sup> Vgl. Jürgen KOCKA: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918. Göttingen 1973. Gerald D. FELDMAN, Eberhard KOLB, Reinhard RÜRUP: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920). In: Politische Vierteljahresschrift, 13. Jg. 1972, H. 1, S. 84–105.

Ausprägung auch in anderen deutschen Parteien und Verbänden auf der Rechten und in der Mitte des politischen Spektrums vertreten. Im Zusammenhang mit dem hier zur Erörterung stehenden Thema ist die Volksgemeinschafts-Ideologie insofern von erheblicher Bedeutung, als sie eben wegen ihres Bezuges auf den Weltkrieg von vornherein einen militaristischen Grundzug hatte. Am deutlichsten kam er in dem Begriff *Frontsoldatenstaat*<sup>2</sup> zum Ausdruck, der im Lager der *nationalen Opposition*, also der antirepublikanischen und nationalistischen Rechten der Weimarer Zeit, verbreitet war: Die Elite der im Kriege bewährten Frontsoldaten sollte auch im Frieden die politische Macht ausüben und eine nach militärischen Ordnungsmustern gegliederte *Volksgemeinschaft* führen; nur diese Herrschaftsform biete die Gewähr dafür, daß sich *das Volk* in den immer wiederkehrenden kriegerischen Auseinandersetzungen werde behaupten können.

Daß diese Ideologie nicht etwa ein Schattendasein führte, beweist ein Blick auf die Herrschaftsformen in der Endphase der Weimarer Republik. Der Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) von 1918, Generalfeldmarschall von Hindenburg, war seit 1925 Reichspräsident. 1932 wurde er wiedergewählt. Sein engster Mitarbeiter in der OHL, General Groener, war von 1928–1932 Reichswehrminister und 1931/32 zugleich Reichsinnenminister. Ein anderer General, Kurt von Schleicher, wurde 1932 Reichskanzler und übte zugleich das Amt des Reichswehrministers aus. Aber schon seine *zivilen* Vorgänger Brüning und von Papen waren ausgesprochen *militärfromm*. Die Reichswehr selbst wurde in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu einem mächtigen, wenn nicht entscheidenden Faktor der deutschen Innenpolitik. Zieht man Bilanz, so stellte sich das deutsche Regierungssystem spätestens seit Schleicher eher als eine Militärdiktatur denn als eine parlamentarische Demokratie dar. Wichtige Schritte auf dem Wege zu einer Militarisierung von Staat und Gesellschaft waren damit bereits vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler getan.

Diese Bemerkungen verstehen sich zum einen als Hinweis auf die Kontinuitätsproblematik. Zum anderen sollen sie eine erste Vorstellung davon vermitteln helfen, was jene politischen Kräfte, die 1933 in Deutschland die Macht übernahmen, in psychologischer und innenpolitischer Hinsicht

<sup>2</sup> Im Organ des nationalsozialistischen Frontsoldatenbundes »Stahlhelm«, der Stahlhelm-Zeitung, hieß es am 1. Febr. 1925, das Ziel des Bundes sei *der Staat der Frontsoldaten*. Siehe Franz Seldte (Hrsg.): Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder. Berlin 1932, S. 55. Vgl. weiterhin Volker R. BERGHAIN: Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918–1935. Düsseldorf 1966, S. 96; und Alois KLOTZBÜCHER: Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der »Nationalen Opposition« 1918–1933. Phil. Diss. Erlangen-Nürnberg 1965, S. 112–129.

unter *Kriegsbereitschaft* verstanden und in welchen historischen Bezügen sie dies taten. Kriegsbereitschaft war demnach erstens eine psychologische Kategorie, gespeist von der Erinnerung an den Hurra-Patriotismus und die Kriegsbegeisterung im August 1914, und sie war zweitens eine innen- und gesellschaftspolitische Kategorie, die sich mit der Zielvorstellung einer diktatorisch geführten, sozial pazifizierten, perfekt durchorganisierten und schließlich militarisierten *Volksgemeinschaft* verband.

Bei der Frage nach der Kriegsbereitschaft der Deutschen bis zum Jahre 1936 müssen natürlich überdies die konkreten Kriegspläne Hitlers berücksichtigt werden. Sie ließen, und das liegt zumindest für den rückblickenden Betrachter offen zutage, die gesamte NS-Politik der *Friedensjahre* zur Kriegsvorbereitungspolitik werden. Dies bedeutet für unsere Fragestellung, daß unter *Kriegsbereitschaft der Deutschen bis zum Jahre 1936* ein Aspekt des allgemeinen Entwicklungsstandes der Kriegsvorbereitungen des Deutschen Reiches verstanden werden muß.

Eine Analyse des Standes der deutschen Kriegsvorbereitungen hat aber zumindest folgende Faktoren zu berücksichtigen:

1. **Außenpolitische Faktoren:** die außenpolitischen Nah- und Fernziele der nationalsozialistischen Regierung des Deutschen Reiches, die Struktur des internationalen Systems, die praktische Außenpolitik Hitlers, sein Ausscheren aus multilateralen Verpflichtungen zugunsten zweiseitiger Bündnisse, die Rolle der Diplomatie bei der Verschleierung der deutschen Kriegspläne, die ideologischen und materiellen Interessengegensätze zwischen den europäischen und außereuropäischen Staaten.
2. **Materielle Faktoren:** die rüstungswirtschaftliche Entwicklung, der Stand der Aufrüstung, weitere Rüstungsprogramme, finanzielle Manövrierfähigkeit von Staat und Wirtschaft, Rohstoffbedarf, Handelsbeziehungen, die Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Politik im »Dritten Reich«.
3. **Personelle Faktoren:** Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Qualität der militärischen Ausbildung in Heer, Marine und Luftwaffe, vormilitärische *Jugendertüchtigung*, Wehrersatzwesen, Stand der personellen Mobilmachung sowie der vorbereitenden *Menschenverteilung* (Göring)<sup>3</sup> für den geplanten Krieg.
4. **Innenpolitische Faktoren:** die Funktionsweise des NS-Herrschaftssystems, die Frage nach der Fähigkeit zur Ausübung diktato-

<sup>3</sup> Was darunter zu verstehen war, erläuterte Göring in einer Rede vom 18. Nov. 1938. Siehe Dokument 152 in Timothy W. MASON: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939. Opladen 1975, S. 908–933, hier: S. 938f. Der Begriff *Menschenverteilung* ging dann in die Terminologie des Oberkommandos der Wehrmacht ein. Siehe Dokument 153 in MASON, S. 933ff.

rischer Herrschaft angesichts eines offensichtlichen Chaos in der Kompetenzverteilung, der Grad der Disziplinierung der Bevölkerung nach der *Gleichschaltung* der Parteien und Verbände sowie durch brutale Unterdrückungsmaßnahmen wie Ausnahme Gesetze, Verhaftungen, Terror, Einweisung in Konzentrationslager und politischen Mord. Hier ist zugleich die Frage nach dem Ausmaß der Kollaboration, der Anpassung und des Opportunismus sowie der aktiven Unterstützung des NS-Regimes durch mächtige Gesellschaftsgruppen zu berücksichtigen, ebenso die Rolle des Widerstandes.

5. **Soziale und gesellschaftspolitische Faktoren:** Überwindung der Arbeitslosigkeit durch Vollbeschäftigung und schließlich Überbeschäftigung, Lohnentwicklung, Konsumgüterproduktion im Vergleich zur Rüstungsproduktion, Rolle der scheinengewerkschaftlichen Organisation *Deutsche Arbeiterfront*, Übertragung des Führer-Gefolgschafts-Prinzips in den Bereich der Produktion, staatlich organisierte Freizeitangebote, Frage nach dem Grad der *sozialen Zufriedenheit* beziehungsweise des gesellschaftspolitischen Konfliktpotentials. Schließlich, mit den sozialen, innen- und gesellschaftspolitischen eng zusammenhängend,

6. **ideelle und psychologische Faktoren:** die Rolle der nationalsozialistischen Propaganda und Erziehung, die Einstellung der deutschen Bevölkerung zum NS-Regime einerseits sowie zur Möglichkeit eines künftigen Krieges andererseits. Diese Frage nach der Einstellung wäre zu untersuchen unter Berücksichtigung sowohl von autoritären und militärischen Denktraditionen (Ideologien) als auch der aktiven Einflußnahme seitens des NS-Regimes.

Bei dieser – gewiß ergänzungsbedürftigen – Auflistung von Faktoren, die eine systematische Analyse des Standes der Kriegsvorbereitungen des Deutschen Reiches im Jahre 1936 enthalten müßte, wird erst deutlich, wie der in diesem Beitrag zur Untersuchung anstehende Zusammenhang von NS-Propaganda und ideologisch-psychologischer Kriegsbereitschaft der Deutschen thematisch eingeordnet werden muß, sowie zweitens, daß dieses Thema einen relativ kleinen Ausschnitt des Gesamtproblems anvisiert und in seiner Aussagekraft entsprechend begrenzt ist.

Nach dieser zweiten Gruppe von Vorbemerkungen, die sich um eine Einordnung und Gewichtung des Themas bemühten, sind nun, ebenfalls vorab, noch einige Ausführungen zur *Methode* vonnöten. Denn die Frage, ob die Deutschen bis zum Jahre 1936 in dem Sinne kriegsbereit waren, daß die nationalsozialistische Propaganda bis zu diesem Zeitpunkt in der deutschen Bevölkerung eine aktuelle psychologische Kriegsbereitschaft erzeugt hatte, ist bei näherer Betrachtung wesentlich schwieriger zu beantworten, als es auf den ersten Blick den Anschein hat.

Zwar kann auf der Grundlage bereits vorliegender Forschungsergebnis-

se detailliert dargestellt werden, wie die NS - P r o p a g a n d a organisiert war, mit welchem Personal und mit welchen Massenmedien sie arbeitete und welche politischen Inhalte sie zu vermitteln beziehungsweise welches politische Klima sie zu erzeugen versuchte. Dagegen bewegt sich die Forschung hinsichtlich der Frage, welche W i r k u n g e n diese Propaganda bei der deutschen Bevölkerung hinterließ, auf recht unsicherem Terrain. Noch heute gehört die Analyse von Propagandawirkungen zu den schwierigsten Problemen, mit denen sich die Massenkommunikationsforschung beschäftigt, und dies, obwohl wir inzwischen über eine wesentlich ausgefeiltere und qualifiziertere Technik der Meinungsbefragung verfügen als dies in den dreißiger Jahren der Fall war. Die nationalsozialistischen Meinungsforschungsinstanzen arbeiteten nach der Technik der teilnehmenden Beobachtung, wozu sie sich eines weitverzweigten Spitzelsystems bedienten. Die Qualität der Lageberichte dieser Instanzen über die *Stimmung und Haltung* der deutschen Bevölkerung<sup>4</sup> ließ bis zum Beginn des Krieges noch sehr zu wünschen übrig und erreichte erst ab 1939 ein befriedigendes Niveau. Hinzu kommt, daß es im »Dritten Reich« bekanntlich weder freie Wahlen noch eine pluralistische öffentliche Meinung gab, sodaß sich einer Analyse hier keine Ansatzpunkte bieten. Schließlich brachte das Jahr 1936 keinen Testfall für Kriegsbereitschaft: der Einmarsch deutscher Truppen in das entmilitarisierte Rheinland rief bei den Garantiemächten des Versailler Vertrages lediglich verbale Proteste hervor.

Die Forschung ist daher darauf angewiesen, eine Reihe von Indizien zu sammeln, um sich auf diese Weise an eine Antwort auf die Frage nach der Kriegsbereitschaft der Deutschen heranzutasten. Dabei ist zunächst die nationalsozialistische Propaganda selbst von Interesse, ihr Stil, ihre Organisation, ihre Funktionen (Kap. 2) sowie speziell die jahrelang betriebene Friedenspropaganda (Kap. 3) und die gleichzeitig nicht vernachlässigte Wehrpropaganda (Kap. 4); weiterhin die mit dem Jahre 1936 einsetzende Verbindung von Friedensparolen und einschüchternden Machtdemonstrationen (Kap. 5). Besondere Aufmerksamkeit verdient die Frage nach den gewollten und ungewollten Auswirkungen, die Hitlers *pazifistische Platte* hervorrief (Kap. 6). Diese Auswirkungen lassen sich zumindest in der Tendenz aus den bereits erwähnten Lageberichten ablesen, zum Teil aber auch indirekt aus den Propagandaweisungen rückschließen. Überdies kann

---

<sup>4</sup> Ausgewertet von Marlis G. STEINERT: Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg. Düsseldorf und Wien 1970; und Franz DROEGE: Der zerredete Widerstand. Zur Soziologie und Publizistik des Gerüchts im 2. Weltkrieg. Düsseldorf 1970. Beide Werke legen den zeitlichen Schwerpunkt auf die Jahre 1939–45. Eine gründliche Auswertung der Lageberichte der Jahre 1933–39 steht noch aus.

eine Untersuchung der in der Endphase der Weimarer Republik immer mehr an Einfluß gewinnenden militaristischen Ideologien (Kap. 7) weitere Aufschlüsse über die latente Kriegsbereitschaft (Kap. 8) großer Teile der deutschen Bevölkerung erbringen. Was sich insgesamt ergibt, ist ein Mosaik mit vielen Lücken, das gleichwohl einige klare Konturen erkennen läßt.

## 2. Nationalsozialistische Propaganda: Stil, Organisation, Funktionen

Hitler, Goebbels und andere führende Nationalsozialisten glaubten, die Erfolge der britischen und französischen Propaganda während des Weltkrieges und das Fehlen einer entsprechenden deutschen Kriegspropaganda hätten maßgeblich zur Niederlage des kaiserlichen Deutschland im Jahre 1918 beigetragen. Aus dieser Interpretation des Kriegsausgangs folgerten sie zweierlei: erstens, daß die Propaganda als psychologische Waffe in einem künftigen Kriege eine bedeutende Rolle spielen werde; zweitens, daß der Kriegspropaganda ähnliche Mittel der Massenbeeinflussung sich auch in den innenpolitischen Auseinandersetzungen würden verwenden lassen.

Da Hitler sich und seiner Partei nach dem gescheiterten Putschversuch in München vom November 1923 das Ziel gesetzt hatte, die Macht im Staate auf legalem Wege zu erobern, was nur erreicht werden konnte, wenn es gelang, aus der Splitterpartei NSDAP eine Massenbewegung zu machen, galt fortan seine Hauptaufmerksamkeit der Reorganisation der Partei und der Propaganda. Die NSDAP hat die Jahre der relativen politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung (1924–1928) dazu benutzt, sowohl ihre Parteiarmee (»SA«=Sturmabteilung) als auch ihren Propagandaapparat konsequent auszubauen. Als sich dann mit der 1929 hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise für Hitler die einmalige Chance bot, sich der deutschen Öffentlichkeit als starker Mann und als Retter aus allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Nöten zu präsentieren, verfügte er bereits über eine schlagkräftige Parteiorganisation. Im Wahlkampf zu den Reichstagswahlen vom September 1930 war die Reichspropagandaleitung der NSDAP in der Lage, ungefähr 1000 Redner einzusetzen, die etwa 34 000 Wahlversammlungen bestritten. In den folgenden Jahren lieferte die NSDAP Propagandakampagnen, wie sie Deutschland bis dahin nicht erlebt hatte. Hitler reiste in der Regel mit dem Flugzeug und konnte so täglich in vier bis fünf Großstädten sprechen. Rascher als andere Parteien machte sich die NSDAP die modernsten technischen Hilfsmittel zunutze. Im Unterschied zu den demokratischen Parteien, insbesondere der größten unter ihnen, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), die sich in ihrer Werbung um Wählerstimmen zumindest im Prin-

zip den Methoden der rationalen Aufklärung verpflichtet fühlten, verzichtete Hitler bewußt auf Rationalität und appellierte statt dessen mit demagogischen Phrasen allgemeinsten Art an die Ängste und Sehnsüchte der durch die Wirtschaftskrise verunsicherten Massen. Die nationalsozialistische Propagandarede lebte im wesentlichen von der aggressiven Negation des Bestehenden, von der haßvollen Fixierung von Feindbildern, von unflätigsten Beschimpfungen der politischen Gegner sowie von mit Inbrunst vorgetragenen politischen Versprechungen, die Hitler als der *wundertätige Erlöser* zu erfüllen versprach. Charakteristisch für die Rhetorik war weiterhin das ständige Wiederholen bestimmter Schlagworte. Hierbei machte sich die NSDAP die Erfahrungen der in den USA entwickelten Reklametechnik zunutze.

Ihr spezifisches Gepräge erhielten die nationalsozialistischen Großkundgebungen weiterhin durch den Einsatz kultischer Rituale wie feierlicher Fahneneinmarsch, Trommelwirbel und Marschmusik, Zurschaustellung uniformierter SA-Formationen und Bildung einer Rednerwache. Der von den Nationalsozialisten virtuos gehandhabte ideologische Kult<sup>5</sup> knüpfte geschickt an ältere kriegerische und völkisch-nationale Vorbilder an, aber auch an das in der katholischen Kirche geübte Zeremonielle. Zu Beginn einer Kundgebung, bei der Hitler oder ein anderer Spitzenredner sprechen sollte, sang man Kampflieder, um das Publikum allmählich einzustimmen, und der Redner trat meist erst Stunden später auf, nachdem die Menschen in den gewünschten erwartungsvollen Zustand versetzt worden waren.

Zur Mobilisierungstechnik der NSDAP gehörte auch der kalkulierte Einsatz von Gewalt gegen politische Gegner. Mit ihren Terrormethoden machte sich die Partei die Erfahrung zunutze, daß Gewalt nicht nur abstoßend, sondern auch anziehend wirken kann.<sup>6</sup> Überdies schien das offensichtlich abgewirtschaftete demokratische Regierungssystem, von der NSDAP und den übrigen Rechtsparteien als *friedlich* und *pazifistisch* verspottet, indirekt eine Legitimation für nicht friedliche Kampfmittel abzugeben.

Die Wahlerfolge der NSDAP in den Jahren 1930 bis 1933 (1930 erhielt sie 18,2 % der Stimmen, im Juli 1932 37,8 % im November 1932 33,5 % und im März 1933 44 %) sind zweifellos maßgeblich auf jene beispiellosen Propagandakampagnen zurückzuführen. Gleichwohl war die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler nicht etwa eine unumgängliche

<sup>5</sup> Vgl. Hans Jochen GAMM: *Der braune Kult. Das Dritte Reich und seine Ersatzreligion.* Hamburg 1962; Klaus VONDUNG: *Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus.* Göttingen 1971; Detlev GRIESWELLE: *Propaganda der Friedlosigkeit. Eine Studie zu Hitlers Rhetorik 1920–1933.* Stuttgart 1972.

<sup>6</sup> Wolfgang SAUER: *Die Mobilmachung der Gewalt.* Frankfurt, Berlin, Wien 1974 (= Bd. III von BRACHER/SAUER/SCHULZ: *Die nationalsozialistische Machtergreifung*), S. 13.



Konsequenz aus den Wahlerfolgen der NSDAP. Sie war vielmehr das Ergebnis des Zusammenspiels der traditionellen politischen Rechten, sowie von Teilen der Großindustrie, der Großagrarien und des Militärs mit Hitler, das mit der Bildung der *Harzburger Front* im Herbst 1931 begonnen hatte.

Mit der Übernahme des entscheidenden Regierungsamtes durch den *Führer* der NSDAP am 30. Januar 1933 änderte sich die Funktion der NS-Propaganda, die sich alsbald als Staatspropaganda breit machte, in mehrerer Hinsicht. Die Aufgaben, die ihr in den folgenden Jahren zufielen, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Bei der Konsolidierung der Herrschaft im Innern mitzuwirken,
2. den Prozeß der Gleichschaltung von Parteien und Verbänden gegenüber der Bevölkerung zu legitimieren, insbesondere
3. die ihrer politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen beraubte Arbeiterschaft zu besänftigen und mittels verbaler Gleichheitsformeln (etwa *Arbeiter der Stirn und der Faust*) an das Regime zu binden,
4. das durch die administrative Zerstörung der Meinungsvielfalt entstandene Informationsvakuum zu füllen,
5. Hitler zum unfehlbaren Staatsmann zu stilisieren, also einen Hitler-Mythos aufzubauen, und schließlich
6. was im Hinblick auf die Frage nach der Kriegsbereitschaft der Deutschen von besonderer Bedeutung ist, die zunächst geheime, seit 1935 dann offene Aufrüstung zunächst mittels permanenter Friedensbeteuerungen zu verschleiern und abzuschirmen und, als diese Taktik nicht mehr aufrechtzuerhalten war, sie als rein defensive Rüstung hinzustellen.

Organisatorisch und personell konnte die NSDAP auf dem Propagandasektor auf ihre Reichspropagandaabteilung und deren Chef Goebbels zurückgreifen. Sofort nach der Übernahme der Macht im Staate gingen Hitler und seine Helfer zielstrebig daran, sich Zug um Zug die alleinige Verfügungsgewalt über alle Massenmedien zu sichern. Zunächst wurde durch die Notverordnung *Zum Schutze des deutschen Volkes* vom 14. Februar 1933 die Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt; wenig später diente der Reichstagsbrand als Vorwand, um mittels einer weiteren Notverordnung vom 28. Februar weitere Grundrechte aufzuheben. Parallel zu diesen administrativen Eingriffen zur Unterdrückung der politischen Gegner und damit zugleich zur Unterdrückung der Meinungsvielfalt – vollzog sich jene geistige »Selbstgleichschaltung«,<sup>7</sup> also eine opportunistische Anpassung eines Großteils der etablier-

<sup>7</sup> Karl Dietrich BRACHER: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Köln u. Berlin 1969, S. 270ff.

ten Meinungsmacher bürgerlich-konservativer Provenienz, ohne die der innenpolitische Erfolg der Nationalsozialisten unverstündlich bliebe. Manipulation und Zwang von oben und freiwillige Selbstgleichschaltung griffen unmerklich ineinander.

Die Bildung eines *Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda* Anfang März 1933 war ein Novum in der deutschen Geschichte. Hitler übertrug damit einen Sektor der NS-Parteiorganisation in den Staatsapparat. Propagandaminister wurde Dr. Joseph Goebbels.<sup>8</sup> Die Reichspropagandaabteilung der NSDAP blieb weiterhin bestehen. Als dritte Propaganda- und Kontrollinstitution fungierte die mit Gesetz vom 22. September 1933 geschaffene *Reichskulturkammer*, mittels derer alle *geistig Schaffenden* rigoros reglementiert werden konnten. Der Reichskulturkammer stand wiederum Goebbels als Präsident vor.

Mit diesem dreigliedrigen Propagandaapparat – Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Reichspropagandaabteilung der NSDAP und Reichskulturkammer – wurde in den Jahren der NS-Diktatur die öffentliche Meinung *gemacht*. Bleibt hinzuzufügen, daß dieser Apparat nicht nur auf Reichsebene tätig wurde, sondern daß jede einzelne Institution über einen nachgeordneten Bereich in den Gauen und Kreisen verfügte.

Da der NSDAP bis 1933 das modernste Massenkommunikationsmittel, nämlich der Rundfunk, verschlossen geblieben war, Hitler und Goebbels aber früh erkannt hatten, daß der Rundfunk im Rahmen der *Volksführung*<sup>9</sup> eine Schlüsselrolle würde spielen können, erfolgte hier ein rascher und harter Zugriff. Bereits wenige Tage nach seiner Ernennung zum Minister erklärte Goebbels den Rundfunkdirektoren kategorisch (13. März 1933): *Der Rundfunk gehört uns, niemandem sonst!*<sup>10</sup> Fortan bestimmten und kontrollierten die Nationalsozialisten nicht nur die Inhalte der Sendungen, sondern sie schufen auch auf der Empfängerseite die Voraussetzungen für einen möglichst wirkungsvollen Einsatz dieses modernsten Mediums, indem sie in Zusammenarbeit mit den großen Elektrokonzernen die Massenproduktion billiger Rundfunkgeräte ankurbelten.<sup>11</sup> Noch im Jahre 1933 wurden 1,5 Millionen Kleinstradios, sogenannte Volksemp-

<sup>8</sup> Vgl. Helmut HEIBER (Hrsg.): Goebbels-Reden. 2 Bände. Düsseldorf 1971 und 1972. Ernest K. BRAMSTED: Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945. Frankfurt/M. 1971.

<sup>9</sup> Vgl. die Bücher des NS-Rundfunkexperten Erich Hadamowski: Der Rundfunk im Dienste der Volksführung. Leipzig 1934; ders., Dein Rundfunk. Rundfunkbuch für alle Volksgenossen. München 1934; ders., Propaganda und nationale Macht. Oldenburg 1933.

<sup>10</sup> Dok. in H. HEIBER (Hrsg.): Goebbels-Reden. Bd. I, S. 87.

<sup>11</sup> Klaus SCHEEL: Krieg über Ätherwellen. NS-Rundfunk und Monopole 1933–1945. (Ost-)Berlin 1970, S. 61–69.

fänger, verkauft, die so ausgestattet waren, daß gerade der nächstgelegene *Reichssender* und der *Deutschland-Sender* empfangen werden konnten, der Empfang ausländischer Sender jedoch unmöglich war. Als Befehlszentrale des nationalsozialistisch beherrschten deutschen Rundfunks fungierte die Rundfunkabteilung des Reichspropagandaministeriums, auf die Goebbels ein besonderes Augenmerk verwandte. Für eine kontinuierliche inhaltliche Sprachregelung sorgten die täglichen Pressekonferenzen des Propagandaministeriums,<sup>12</sup> in denen detaillierte Weisungen für Rundfunk und Presse ausgegeben wurden.

Die Gleichschaltung und Reglementierung der Presse<sup>13</sup> erwies sich insgesamt als schwieriger als die Inbesitznahme des Rundfunks. Denn vor 1933 hatte es in Deutschland mehr Tages- und Wochenzeitungen gegeben als in jedem anderen hochindustrialisierten Land, und die NS-Presse hatte in diesem Blätterwald keine herausragende Rolle gespielt. Im Laufe des Jahres 1933 ging die NSDAP daher so vor, daß sie ihre eigenen, tief verschuldeten Zeitungen durch die Beschlagnahme von Druckereien und Verlagsbetrieben, die der KPD und der SPD gehörten, sanierte. Bezeichnenderweise hat der Verlegerverein dagegen nicht protestiert, sondern offen mit dem neuen Regime kollaboriert.<sup>14</sup> Ein weiterer Schritt war das *Schriftleitergesetz* vom 4. Oktober 1933. Mit ihm wurden alle Journalisten verpflichtet, ihre Tätigkeit *im Einklang mit der nationalsozialistischen Weltanschauung* auszuüben. In den folgenden Jahren baute Max Amann, der Verleger des NS-Parteiorgans »Völkischer Beobachter«, einen gigantischen NS-Pressekonzern<sup>15</sup> auf, indem er Verlage und Filmgesellschaften sowie Nachrichten- und Anzeigenagenturen aufkaufte. Der parteieigene Eher-Verlag wurde dadurch schließlich zum größten Wirtschaftskonzern Deutschlands.

Mit den genannten Notverordnungen, dem Ermächtigungsgesetz, dem Reichskulturkammergesetz und dem Schriftleitergesetz, mit der Gleichschaltung der Verlage und journalistischen Berufsorganisationen, mit der Kontrolle über den Rundfunk und das gesamte kulturelle Leben, endlich

<sup>12</sup> Dokumentiert in Fritz SÄNGER: Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen 1933–1939; Wien 1975; ders., Marsch in den Krieg. Die Praxis der Nachrichtenpolitik der Nationalsozialisten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 35–36/1969, S. 3–27.

<sup>13</sup> Karl-Dietrich ABEL: Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit. Berlin 1968. Oron J. HALE: Presse in der Zwangsjacke 1933–1945. Düsseldorf 1965. Kurt KOSZYK: Deutsche Presse 1914–1945. Berlin 1972.

<sup>14</sup> Einzelheiten siehe Oron J. HALE: Presse in der Zwangsjacke, S. 87, 99, 117f., 121ff.

<sup>15</sup> Hierzu insbes. HALE, Presse in der Zwangsjacke, S. 142ff.; sowie Wolfgang BECKER: Film und Herrschaft. Organisationsprinzipien und Organisationsstrukturen der nationalsozialistischen Filmpropaganda. Berlin 1973; sowie die Tabellen von K. KOSZYK, Deutsche Presse 1914–1945, S. 385ff.

mit dem Aufbau des NS-Pressetrusts waren die personellen und materiellen Voraussetzungen für eine umfassende Meinungsmanipulation gegeben.

### 3. Friedensbeteuerungen zur Abschirmung der Kriegsvorbereitungen

Auf dem Propagandasektor verfügte das Regime also bereits seit dem Jahre 1934 über das nötige Instrumentarium, mit dem eine gezielte Kriegsvorbereitungspropaganda hätte betrieben werden können, und zwar sowohl gegenüber dem Ausland, durch ein gezieltes Anheizen internationaler Spannungen, als auch im Inland, zur psychologischen Mobilisierung der eigenen Bevölkerung für den geplanten Krieg. Dies lag jedoch nicht im Interesse des NS-Regimes. Es war vielmehr gerade umgekehrt daran interessiert, die sofort nach Hitlers Übernahme der Reichskanzlerschaft eingeleiteten materiellen und personellen Kriegsvorbereitungen sowohl vor dem Ausland als auch vor der Mehrheit der deutschen Bevölkerung zunächst ganz zu verschleiern und dann später als Mittel der Selbstverteidigung und als Bestandteil der vielbeschworenen »Gleichberechtigung« zu verharmlosen.

Bis zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1935 gebärdeten sich Hitler und sein Propagandaminister Goebbels im In- und Ausland, als seien sie die Häupter des organisierten Pazifismus in Deutschland, und dies, obwohl die pazifistische Literatur schon im Mai 1933 öffentlich verbrannt worden war. Auch in den folgenden Jahren, bis hin zum Beginn des Krieges im September 1939, betonten die führenden Nazi-Propagandisten immer wieder ihre Friedensliebe und wiesen alle gegenteiligen Behauptungen als infame Unterstellungen zurück. Hitler selbst versäumte es nicht, mehrfach daran zu erinnern, daß er im Weltkrieg Frontsoldat gewesen sei, daher um die Schrecken des Krieges wisse und infolgedessen nichts sehnlicher wünsche als die Erhaltung des Friedens.<sup>16</sup> Wie wir wissen, blieben die hundertfachen Friedensbeteuerungen der faschistischen Machthaber im In- und Ausland nicht ohne Eindruck. Rückblickend stellt sich die nationalsozialistische Friedenspropaganda der Jahre 1933–39 als ein einziges grandioses Täuschungsmanöver dar.

Goebbels hat sich später in triumphierender Weise mit den Erfolgen dieser Propagandastrategie, dank derer Deutschland, vom Ausland ungestört, den Ausbau seiner militärischen Macht bewerkstelligen konnte, gebrüstet. Im Frühjahr 1940 stellte er rückblickend fest:

*Bis jetzt ist es uns gelungen, den Gegner über die eigentlichen Ziele Deutschlands*

<sup>16</sup> Max DOMARUS: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Bd. 1. Würzburg 1961, S. 193.

*im unklaren zu lassen, genau so wie unsere innenpolitischen Gegner bis 1932 gar nicht bemerkt hatten, wohin wir steuerten, daß der Schwur auf die Legalität nur ein Kunstgriff war. Wir wollten legal an die Macht kommen, aber wir wollten sie doch nicht legal gebrauchen . . . Man hätte uns ja erdrücken können . . . Nein, man hat uns durch die Gefahrenzone hindurch gelassen. Genau so war das in der Außenpolitik . . . 1933 hätte ein französischer Ministerpräsident sagen müssen (und wäre ich französischer Ministerpräsident gewesen, ich hätte es gesagt): der Mann ist Reichskanzler geworden; der das Buch »Mein Kampf« geschrieben hat, in dem das und das steht. Der Mann kann nicht in unserer Nachbarschaft geduldet werden. Entweder er verschwindet, oder wir marschieren. Das wäre durchaus logisch gewesen. Man hat darauf verzichtet. Man hat uns gelassen, man hat uns durch die Risikozone ungehindert durchgehen lassen, und wir konnten alle gefährlichen Klippen umschiffen, und als wir fertig waren, gut gerüstet, besser als sie, fingen sie den Krieg an.<sup>17</sup>*

Daß das NS-Regime die *Risikozone*, also die Phase der geheimen materiellen und personellen Aufrüstung, tatsächlich ungehindert durchschreiten konnte, verdankte es neben den Friedensbeteuerungen nicht zuletzt jener propagandistischen Taktik, sich auf Schlagworte zu beschränken, die bereits in der Weimarer Zeit weit über das Lager der *nationalen Opposition* hinaus populär waren. Das galt etwa für die Parolen *Revision von Versailles, Gleichberechtigung, Wiedererlangung nationaler Sicherheit, weg mit der Kriegsschuldfrage, nieder mit dem Bolschewismus, Schluß mit den Reparationen, Wiederherstellung der Ehre Deutschlands*. Neben den ausschließlich auf die innere Stabilität gerichteten Parolen waren dies zugleich die Standardthemen der NS-Propaganda in den Jahren 1933-35/36. Sie konnten allesamt als populär gelten und, verließ man sich alleine auf die verbalen Beteuerungen der Machthaber, durchaus als eine kontinuierliche Fortsetzung der Außenpolitik der Weimarer Regierungen<sup>18</sup> interpretiert werden.

#### 4. Wehrpropaganda

Da eine offen militante Propaganda die Glaubwürdigkeit der Friedensbeteuerungen geschmälert hätte, nach dem Willen Hitlers zugleich mit der Aufrüstung aber die *Wiedererweckung des Wehrwillens* zielstrebig vorangetrieben werden sollte, stand die Propagandaführung vor der schwieri-

<sup>17</sup> Geheime Erklärung des Reichsministers Dr. Goebbels am 5. April 1940 vor geladenen Vertretern der deutschen Presse. Auszugsweise abgedruckt in Hans-Adolf JACOBSEN: *Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten*. Frankfurt/M. und Hamburg 1965, S. 180f.

<sup>18</sup> Diese Kontinuität der Schlagworte betont u. a. Charles BLOCH: *Hitler und die europäischen Mächte 1933/34. Kontinuität oder Bruch?* Frankfurt/M. 1966, Kap. 1.

gen Aufgabe, Friedens- und Wehrpropaganda auf irgendeine Weise miteinander in Einklang zu bringen.<sup>19</sup> Die Aufgabe wurde in den Jahren der geheimen Aufrüstung dadurch zu lösen versucht, daß man auf die Fixierung konkreter außenpolitischer Feindbilder verzichtete, d. h. keinerlei Aggressionsziele erkennen ließ, und statt dessen in eher abstrakter Weise solche Tugenden verherrlichte, die aus der konservativ-nationalistischen Ideenwelt stammten und daher als relativ unverfänglich erscheinen mußten: Edelmut, Heroismus, Männlichkeit, Opferbereitschaft, Disziplin, Einordnungsvermögen, glühende Hingabe an den Staat und an die gemeinsame nationale Sache. Gleichzeitig wurde versucht, alle pazifistischen Bewußtseinsinhalte durch Verbot entsprechender Bücher, Filme und anderer Kulturprodukte sowie durch die Verhaftung prominenter Pazifisten rigoros zu tilgen beziehungsweise zu kriminalisieren.

Die Wehrpropaganda im engeren Sinn operierte in den ersten drei Jahren der NS-Herrschaft ebenfalls vorwiegend auf einer defensiven Linie. Wie etwa die 1934 anlaufenden *Wehrmachtsfilme* erkennen ließen, war sie ganz auf Sympathiewerbung für das Militär und für das Soldatische abgestimmt. Auch die im November 1936 vom Reichskriegsministerium ins Leben gerufene Halbmonatsschrift »Die Wehrmacht« hatte keine andere Aufgabe, als das Militär volkstümlich zu machen. Aus der Tatsache, daß diese Zeitschrift bei Kriegsbeginn in einer Auflage von 750 000 gedruckt wurde, wird ersichtlich, daß sie bei der Erfüllung dieser Aufgabe nicht ganz erfolglos gewesen sein kann.

Für die Steuerung von Nachrichten militärischen und militärpolitischen Inhalts war die Pressegruppe im Ministeramt des Reichswehrministeriums – seit 1935 *Reichskriegsministerium* (!) – verantwortlich. Als maßgebliche Institution für die Öffentlichkeitsarbeit der Wehrmachtführung fiel ihr zugleich die Aufgabe zu, die *Überwachung des militärpolitischen und wehrgeistigen Schrifttums* sicherzustellen. In der Praxis hatte dies zur Folge, daß die gesamte, von der Zensur freigegebene militärpolitische Literatur zumindest indirekt wehrpropagandistische Züge trug.

Neben der Wehrmacht-Pressegruppe und in einer gewissen Konkurrenz mit dieser betrieb auch das *Wehrpolitische Amt der NSDAP*<sup>20</sup> Wehrpropaganda. 1935 löste Hitler – eine Konzession an das Reichskriegsministerium – dieses Amt auf.

Daneben gab es die einflußreiche *Deutsche Gesellschaft für Wehrpolitik*

<sup>19</sup> Zum folgenden Jutta SYWOTTEK: *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*. Opladen 1976, Kapitel II und III.

<sup>20</sup> Walter BAUM: *Die Reichswehr und das Wehrpolitische Amt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*. In: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift*. Jg. 1965, S. 345–351.

und Wehrwissenschaft – Nachfolgerin der 1929 gegründeten *Wehrwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft* –, die sich nach und nach zu einem Integrationsforum aller mit Wehrwissenschaft, Wehrpolitik, Wehrerziehung und Wehrpropaganda befaßten Personen und Institutionen entwickelte. Weiterhin wurden an den Universitäten mehrere Professuren eingerichtet, die über spezielle Wehrfragen zu forschen und zu lehren hatten. Und in der vormilitärischen Jugendausbildung in der *Hitler-Jugend* (HJ) verstand es sich von selbst, daß neben ersten militärischen Fachkenntnissen auch eine emotionale Beziehung zu allem Militärischem an-erzogen wurde.

So ergibt sich insgesamt das Bild einer institutionell vielseitig abgesicherten und kontinuierlich betriebenen Indoktrination der deutschen Bevölkerung mit soldatischen und heroischen Idealen. Und offensichtlich ist es der nationalsozialistischen Propagandaführung in einem nicht zu unterschätzenden Maße gelungen, mit dieser wenig auffälligen Mischung von ständig wiederholten Friedensphrasen einerseits und der Anpreisung soldatischer Tugenden andererseits ein Meinungsklima zu schaffen, das für die später beabsichtigte Umschaltung von einer defensiven auf eine aggressive Ausdeutung des *Wehrwillens* günstige Voraussetzungen schuf.

Schließlich ein Wort über das Zusammenspiel von Wehrmachtführung und Reichspropagandaministerium: Zum Leidwesen der Reichswehrspitze hatten es die republikanischen Regierungen der zwanziger Jahre abgelehnt, sich angesichts der restriktiven militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages wenigstens, wie die Reichswehrführung es gerne gesehen hätte, um die *Erziehung zur Wehrhaftigkeit* zu kümmern.<sup>21</sup> Daß die Hitler-Regierung die ideologische *Wiederwehrhaftmachung* 1933 sofort selbst in die Hand nahm und auf dem Gebiete der Wehrpropaganda im weiteren Sinne eine rege Aktivität entfaltete, entsprach daher einem lange gehegten Wunsch der Militärs. Auf der Basis identischer Interessen von Wehrmacht und NS-Führung entwickelte sich in der Folgezeit eine Arbeitsteilung zwischen Reichskriegsministerium und Reichspropagandaministerium, wobei der von Goebbels kommandierte Apparat die »große« Propaganda machte und das Kriegsministerium sich im wesentlichen auf Sympathiewerbung für die Wehrmacht sowie auf die organisatorische Vorbereitung der künftigen psychologischen Kriegführung<sup>22</sup> beschränken und somit seine eigene propagandistische Tätigkeit in relativ bescheidenen Grenzen halten konnte.

<sup>21</sup> Dies geht aus Denkschriften des Reichswehrministeriums der Jahre 1923 und 1924 klar hervor (BA-MA RW 6/v. 37).

<sup>22</sup> Hasso von WEDEL [seinerzeit Chef der Amtsgruppe Wehrmachtspropaganda im OKW]: Die Propagandatruppen der deutschen Wehrmacht. Neckargemünd 1962; Klaus SCHEEL: Der Aufbau der faschistischen PK-Einheiten vor dem zweiten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 4. Jg. 1965, S. 444–455.

## 5. Friedensparolen und Säbelrasseln im Jahre 1936:

## Besetzung des Rheinlandes, Olympiade, »Reichsparteitag der Ehre«

Im Hinblick auf die außenpolitische Propagandalinie bildete das Jahr 1936 insofern einen gewissen Einschnitt, als das NS-Regime nunmehr begann, die Beteuerungen der eigenen Friedensliebe mit deutlichen Hinweisen auf die wiedergewonnene Machtstellung des Reiches zu verbinden.<sup>23</sup> Es handelte sich dabei nicht etwa um eine plötzliche und aufsehenerregende Schwenkung von Friedenspropaganda auf massive Gewaltandrohungen, sondern vielmehr um einen wohl dosierten, über mehrere Jahre hinweg fein abgestuften Prozeß der Eskalation verbalen »Säbelrasseln«.

Die in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre verübten Vertragsbrüche und Aggressionshandlungen liefen – auch was die Rolle der Propaganda betraf – nach einem ziemlich einheitlichen Muster ab: Zunächst wurde das gesteckte politische Teilziel propagandistisch aufbereitet; sodann schuf der Einsatz militärischer Gewalt in raschem Zugriff vollendete Tatsachen; die Propaganda versicherte daraufhin regelmäßig der überraschten Weltöffentlichkeit, daß das Deutsche Reich nunmehr keine weiteren territorialen Ansprüche habe, daß die Erhaltung des Friedens nach wie vor das höchste Ziel sei, um jedoch zugleich drohend hinzuzufügen, daß das Reich inzwischen auch seine militärische Macht zurückgewonnen habe.

Der geschilderte Überraschungseffekt gelang im Zusammenhang mit dem Einmarsch deutscher Truppen in das laut Versailler Vertrag entmilitarisierte Rheinland am 7. März 1936 vollständig,<sup>24</sup> zumal sich die Weltöffentlichkeit zu dieser Zeit mit dem italienisch-abessinischen Krieg beschäftigte und die Vorbereitungen zum Einmarsch unter strikten Geheimhaltungsvorkehrungen erfolgt waren. Nach dem *Fait accompli* sprach Hitler<sup>25</sup> sogleich von deutscher Friedensliebe und legte, um die Abwiegung und Verschleierung zu vervollständigen, ein Sieben-Punkte-Programm zur Errichtung eines Systems der *europäischen Friedenssicherung* vor, das ein Angebot zum Abschluß von Nichtangriffspakten enthielt und im übrigen förmlich vor Friedensbeteuerungen triefte. Die Presse erhielt an jenem 7. März 1936 die Weisung,<sup>26</sup> die Rheinland-Besetzung – sie stellte in Wirklichkeit einen klaren Bruch des Locarno-Vertrages vom 16. Okto-

<sup>23</sup> Vgl. Walter HAGEMANN: Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenföhrung. Hamburg 1948, S. 216, der die Propaganda der Jahre 1936–39 als Phase der »Einschüchterung« bezeichnet.

<sup>24</sup> Vgl. Jutta SYWOTTEK, Mobilmachung für den totalen Krieg, S. 55–63; Fritz SÄNGER, Politik der Täuschungen, S. 77–85.

<sup>25</sup> Regierungserklärung Hitlers vom 7. März 1936. In: DOMARUS, Hitler, Bd. 1, S. 583–595.

<sup>26</sup> Presseweisungen vom 7. und 9. März 1936 in Fritz SÄNGER, Politik der Täuschungen, S. 78f.



ber 1925 dar – als Antwort auf die angebliche Verletzung des Locarno-Vertrages durch Frankreich und durch die Sowjetunion, die soeben einen Beistandspakt (NS-Sprachregelung: *Russenpakt*) geschlossen hatten, zu rechtfertigen. Gegenüber dem Ausland versicherte Hitler wieder einmal, er habe nun keine territorialen Forderungen mehr in Europa.<sup>27</sup> Und um seinen Coup nachträglich durch eine breite Zustimmung der Bevölkerung abzusichern, ordnete er Reichstagsneuwahlen an. Die *Wahlkampf* genannte Propagandakampagne stand unter der Parole *Für Völkerfrieden, -versöhnung und -verständigung*,<sup>28</sup> und Hitler selbst ließ es sich nicht nehmen, am 28. März 1936, einen Tag vor den Neuwahlen, eine Rundfunkansprache<sup>29</sup> zu halten, in der sich auch der Satz fand: *Ich glaube nicht, daß in der Welt ein Mann mehr von Frieden und für den Frieden geredet und gerungen hat als ich.*

Selbstverständlich feierte die deutsche Propaganda die unblutig verlaufene Remilitarisierung des Rheinlandes als einen großen Sieg und zugleich als den Abschluß des Kampfes um die Gleichberechtigung Deutschlands. Tatsächlich hatte Hitler ja nach der Rückkehr des Saarlandes (13. Januar 1935), der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (16. März 1935), dem deutsch-britischen Flottenabkommen mit seiner Anerkennung der Parität in der U-Boot-Rüstung (18. Juni 1935) und nun mit der militärischen Inbesitznahme der deutschen Gebiete links des Rheins (7. März 1936) vieles von dem erreicht, was die Regierungen der Weimarer Republik vergeblich erstrebt hatten. Zugleich war Deutschland anerkanntermaßen in den Kreis der Großmächte zurückgekehrt. So bedeutete es für die Propagandaführung alles in allem keine besondere Schwierigkeit, Hitler als den Vollstrecker des Weimarer Revisionismus erscheinen zu lassen.

Mit der Veranstaltung der Olympischen Spiele<sup>30</sup> auf deutschem Boden brachte das Jahr 1936 ein weiteres großes Ereignis, das internationale Beachtung fand. Die Olympiade bot der nationalsozialistischen Propaganda eine willkommene Gelegenheit, den ausländischen Sportlern und Journalisten ein friedliebendes Deutschland zu präsentieren, das zudem eine erfolgreiche *Aufbaupolitik* vorzuweisen habe. Die Regierung, so wurde verkündet, sei mit dem Problem von sechs Millionen Arbeitslosen fertig geworden, sie habe ihrem (angeblich) einzigen Feind, dem Kommunis-

<sup>27</sup> Wie Anm. 25, S. 596.

<sup>28</sup> Vgl. Presseweisung vom 11. März 1936. In: Fritz SÄNGER, *Politik der Täuschungen*, S. 83.

<sup>29</sup> Rede Hitlers vom 28. März 1936. In: DOMARUS, *Hitler*, Bd. 1, S. 614ff.

<sup>30</sup> Arnd KRÜGER: *Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung. Ihre außenpolitische Bedeutung unter besonderer Berücksichtigung der USA*. Berlin, München, Frankfurt/M. 1972.

mus, zum Wohle von ganz Europa den Garaus gemacht, und das deutsche Volk könne seine sozialen Errungenschaften mit Stolz vorzeigen.<sup>31</sup> In Berlin wurde den ausländischen Vertretern eine antibolschewistische Ausstellung mit dem Titel *Weltfeind Nr. 1* gezeigt, die ihre Wirkung angesichts des auch in anderen westlichen Ländern verbreiteten Antikommunismus nicht verfehlt haben dürfte. Dagen wurde die antisemitische Hetzpropaganda gemäß einer ausdrücklichen Presseweisung (vom 3. August 1936)<sup>32</sup> für die Dauer der Spiele eingestellt. Die Massenmedien erhielten überdies die Anweisung (am 15. August),<sup>33</sup> *mit sehr viel Takt* zu berichten, um keinerlei Mißstimmung aufkommen zu lassen. Insgesamt glänzten die Deutschen mit einer perfekten Organisation.

Über die Tatsache, daß Hitler bereits am 26. Juli 1936 den Befehl zur Aufstellung der Legion Condor gegeben hatte, die in den kommenden Jahren auf der Seite der Franco-Faschisten am spanischen Bürgerkrieg teilnahm, erfuhr die deutsche und die internationale Öffentlichkeit nichts. Erst Jahre später, als die Truppen zurückkehrten (20. Mai 1939) und als das Lügengewebe nicht mehr aufrechtzuerhalten war, durfte die Legion in der deutschen Presse genannt werden.<sup>34</sup>

Der wenige Wochen nach der Beendigung der Olympischen Spiele in Nürnberg abgehaltene NSDAP-Reichsparteitag (8.-14. September 1936) – er erhielt den symbolträchtigen Namen *Parteitag der Ehre* – wurde, nachdem das Regime mit der Olympiade einen großen internationalen Vertrauenscredit erworben zu haben glaubte, bewußt als eine Macht demonstration inszeniert. Hitler gab die Verlängerung der Wehrpflichtzeit auf zwei Jahre bekannt und verkündete, er habe Göring mit einem Vierjahresplan beauftragt. Den zum Abschluß des Parteitages angetretenen Soldaten rief er zu: *Zum ersten Male flattern vor euch die Kriegsfahnen des neuen Reiches!* Und zur Einschüchterung des Auslandes fügte er hinzu, *Volk, Partei und Wehrmacht* seien jetzt *eine unlösbar verschworene Gemeinschaft*.<sup>35</sup> Zumindest die Sowjetunion mußte darin eine ungeschminkte Gewaltdrohung sehen, da Hitler zugleich von der *Abrechnung mit dem Bolschewismus* sprach. Am 25. November 1936 schlossen dann Deutschland und Japan den *Antikominternpakt*.

<sup>31</sup> Zur Propaganda während der Olympiade vgl. Ernest K. BRAMSTED, Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda, S. 221ff.

<sup>32</sup> Fritz SÄNGER, Politik der Täuschungen, S. 108.

<sup>33</sup> Ebda., S. 111.

<sup>34</sup> Ebda., S. 145.

<sup>35</sup> Rede Hitlers am 14. Sept. 1936. In: DOMARUS, Hitler, Bd. 1, S. 644.

## 6. Hitlers »pazifistische Platte« und ihre Wirkungen auf die »Stimmung und Haltung« der deutschen Bevölkerung

Den Ausdruck *pazifistische Platte* hat Hitler selbst geprägt, als er den rein funktionalen Charakter seiner Friedenspropaganda offenlegte. In einer Geheimrede vor den Spitzenfunktionären des Staates, der Partei und der Propagandainstitutionen am 10. November 1938<sup>96</sup> führte er aus, die Umstände hätten ihn gezwungen, jahrzehntelang fast nur von Frieden zu reden; denn nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten sei es möglich gewesen, dem deutschen Volk die Rüstung wiederzugeben. Wörtlich fuhr Hitler fort:

*Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen, daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde vor allem auch dahin führen, daß die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defaitismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes nehmen würde und nehmen müßte. Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr [nach den Erkenntnissen während der Sudetenkrise; W. W.] notwendig, das deutsche Volk psychologisch umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit den Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nur die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann. Und Hitler schloß: Die pazifistische Platte hat sich jetzt bei uns abgespielt, weil man ihr ohnehin nicht mehr glaubte.*

Diese Aussage zeigt, daß sich der Diktator über die ungewollten Nebenwirkungen der jahrelang betriebenen Friedenspropaganda durchaus im klaren war. Jahre zuvor, im Januar 1935, hatte er schon einmal zu diesem Problem Stellung genommen, als ihn ein englischer Korrespondent über die Äußerung einer hochstehenden politischen Persönlichkeit in Frankreich informierte, daß nämlich Deutschland nur so lange eine Poli-

<sup>96</sup> Wilhelm TREUE: Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10. Nov. 1938). In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 6. Jg. 1958, S. 175–191, hier: S. 182f.; Wiederabdruck in DOMARUS, Hitler, Bd. 1, S. 973–977, hier: S. 974.

tik der Versöhnung treiben werde, bis sich die Reichswehr in der Lage fühlte, einen Krieg erfolgreich führen zu können. Hitler hatte damals geantwortet: *Dieser Politiker hat noch nie ein Volk geführt. Oder konnte er sonst glauben, daß man ein Jahrzehnt lang von Frieden reden kann, um dann plötzlich mit demselben Volk so mir nichts, dir nichts einen Krieg zu beginnen?*<sup>37</sup> Obwohl diese Äußerung selbstverständlich nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver war, so hatte sie doch einen wahren Kern. Dies zeigte sich spätestens während der Sudetenkrise im Herbst 1938, als alle Meinungsforschungsinstanzen des Regimes übereinstimmend von der geringen Kriegsbereitschaft der deutschen Bevölkerung berichteten.<sup>38</sup> Und nach der Sudetenkrise wußte Hitler auch, daß er die eigene Bevölkerung gezielter als bisher psychologisch auf den Krieg vorbereiten mußte, wenn er die Auswirkungen seiner eigenen Friedenspropaganda neutralisieren wollte.

Schon bei der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 und bei der Remilitarisierung des Rheinlandes im März 1936 legte die deutsche Propagandaführung größten Wert darauf, daß das Wort Krieg in Rundfunk und Presse strikt vermieden wurde, weil sie befürchtete, in der deutschen Bevölkerung könne zu ungelegener Zeit Kriegsfurcht entstehen. Die Vorsichtsmaßnahmen gingen so weit, daß der bedeutungslose *Vaterländische Frauenverein*, der in einem Rundschreiben geäußert hatte, *der Wäschevorrat müsse vergrößert werden, um bei Ausbruch eines in Aussicht stehenden Krieges gerüstet zu sein*, eine offizielle Rüge erhielt.<sup>39</sup> Und als im Zusammenhang mit der Besetzung des Rheinlandes mehrere untergeordnete Behörden berichteten, in der Bevölkerung gebe es ernste Sorgen vor außenpolitischen Verwicklungen,<sup>40</sup> wurde die Presse wiederum angewiesen, Zuversicht zu verbreiten. In einer Presseweisung hieß es wörtlich: *Es darf keine Furcht vor Krieg entstehen.*<sup>41</sup>

Wie diesen Presseweisungen zu entnehmen ist, war die NS-Regierung ziemlich genau über die *Stimmung und Haltung* der Bevölkerung, wie es im damaligen Jargon hieß, unterrichtet. Nach dem Urteil kompetenter Publizistikwissenschaftler vermittelten die Lageberichte der nationalsozialistischen Meinungsforschungsinstanzen zumindest insoweit zutreffende Informationen, als sie über typische, weit verbreitete Ansichten und über emotional-spontane Reaktionen der Bevölkerung auf das Tagesge-

<sup>37</sup> Interview mit Ward Price vom 17. Jan. 1935. In: DOMARUS, Hitler, Bd. 1, S. 476.

<sup>38</sup> Marlis G. STEINERT, Hitlers Krieg und die Deutschen, S. 77ff.; Jutta SYWOTTEK, Mobilisierung für den totalen Krieg, Kap. VII und VIII.

<sup>39</sup> Fritz SÄNGER, Politik der Täuschungen, S. 266.

<sup>40</sup> Lagebericht der Gestapostelle Aachen für den Monat März 1936. Siehe Bernhard VOLLMER: Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936. Stuttgart 1957, S. 370f.

<sup>41</sup> Fritz SÄNGER, Politik der Täuschungen, S. 79.

schehen berichteten.<sup>42</sup> Solche Berichte zur politischen Lage, die auch eine Passage über *Stimmung und Haltung* enthielten, fertigten regelmäßig die Geheime Staatspolizei (Gestapo), der Sicherheitsdienst (SD), die Parteiführungsstellen, die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte, die Reichspropagandaämter und das Oberkommando der Wehrmacht. Gearbeitet wurde nach der Technik der teilnehmenden Beobachtung. Im Jahre 1937 verfügte allein der Sicherheitsdienst über etwa 3000 hauptamtliche Mitarbeiter und 30 000 bis 50 000 nebenamtliche, anonyme Spitzel. Das bedeutet, daß auf etwa je 2500 Bürger ein SD-Mann kam. Diese Zahl zeigt, wie dicht das Überwachungsnetz war.

Zum Quellenwert der Lageberichte ist zu sagen, daß ihre Qualität vor 1939 nicht sonderlich hoch war, sowie, daß sie meist nur sehr allgemeine Aussagen enthielten. Prozentuale Angaben über die Häufigkeit einer bestimmten Meinung fehlten in der Regel ebenso wie Aufschlüsselungen nach bestimmten Bevölkerungsgruppen. Ungeachtet dieser möglichen Fehlerquellen sind mehrere deutsche Historiker aufgrund ihrer Analyse dieser Lageberichte zu der sehr allgemein gehaltenen Schlußfolgerung gelangt, die Deutschen seien voller Kriegsfurcht und Friedenssehnsucht gewesen, sie hätten nichts weniger gewünscht als einen neuen Krieg und von Aggressionslust oder Kriegsbegeisterung könne gar keine Rede gewesen sein.<sup>43</sup>

Diese Feststellungen beziehen sich in erster Linie auf die Jahre 1938 und 1939. Sie gelten – als Aussage über eine allgemeine Tendenz – natürlich in verstärktem Maße für das Jahr 1936, da die »heiße« Phase der psychologischen Mobilmachung für den Krieg erst im Herbst 1938 begann. Gleichwohl war selbst im September 1939, zu Beginn des Krieges gegen Polen, von einer dem August 1914 vergleichbaren Euphorie nichts zu spüren. Das läßt nur den Schluß zu, daß es der nationalsozialistischen Propaganda in der Tat nicht gelungen war, die deutsche Bevölkerung als ganze so für den geplanten Krieg psychologisch zu mobilisieren, wie es das Regime angestrebt hatte.<sup>44</sup>

Der Tatbestand fehlender Kriegsbegeisterung in Deutschland zu Beginn des Zweiten Weltkrieges ist in der Forschung nicht strittig. Unbestritten ist jedoch zugleich, daß die deutsche Bevölkerung widerstandslos in den Krieg marschierte, also genau das tat, was die Regierung von ihr verlangte: nämlich, wenn auch widerwillig, zu gehorchen.

Es muß also trotz mangelnder Kriegsbegeisterung eine Art von Kriegsbereitschaft gegeben haben. Die Forschung hat die Aufgabe, sie angemess-

<sup>42</sup> Zum folgenden vgl. FRANZ DROEGE, *Der zerredete Widerstand*, S. 45–68; ebenso Marlis G. STEINERT, *Hitlers Krieg und die Deutschen*, S. 40–48.

<sup>43</sup> So etwa Marlis G. STEINERT, S. 26.

<sup>44</sup> Jutta SYWOTTEK, *Mobilmachung für den totalen Krieg*, S. 234ff.

sen zu beschreiben und zu erklären. Allerdings scheint diese Aufgabe nicht lösbar zu sein, wenn man nur auf den Zusammenhang von NS-Propaganda und Einstellung der deutschen Bevölkerung zum Krieg abhebt, wie dies bisher in diesem Beitrag geschehen ist. Das Forschungsinteresse hat sich vielmehr zugleich auf die eingangs genannten innenpolitischen, sozialen und ideologischen Faktoren der Kriegsvorbereitungspolitik zu richten, und ebenso auf bestimmte ideologische Kontinuitäten, wobei den autoritären und militaristischen Denktraditionen besondere Bedeutung beizumessen ist. Dieser letztgenannte Aspekt soll im Schlußkapitel beleuchtet werden: Militaristische Ideologien in der Endphase der Weimarer Republik.

### 7. Militaristische Ideologien in der Endphase der Weimarer Republik

Anders als in den Jahren der faschistischen Diktatur hatten in der Weimarer Republik alle gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen – Parteien, Verbände, Soldatenbünde, Kirchen, Gewerkschaften und andere – die Möglichkeit, ihre Vorstellungen frei zu propagieren und zu publizieren. Die historische Analyse findet für diese Zeit also ein reichhaltiges Quellenmaterial vor: Parlaments- und Kundgebungsreden, Jahrbücher, Kongreßbeschlüsse, Zeitungen, Zeitschriften und vieles andere. Wenngleich es sich dabei zumeist um die Auffassungen der politischen Meinungsführer (Vorsitzende, *Führer*, Sprecher und sonstige leitende Persönlichkeiten der betreffenden Organisationen) handelt, kann man doch davon ausgehen, daß sie für die Meinungen der Mitglieder und Anhänger der jeweiligen Organisationen einigermaßen repräsentativ waren. In jedem Falle wirkten sie meinungsbildend. An dieses reichhaltige Material wird die Frage herangetragen, ob und welche der verantwortlichen Meinungsführer bereits in der Endphase der Weimarer Republik bereit waren, Gewalt als Mittel der Außenpolitik grundsätzlich zu billigen oder doch wenigstens in Betracht zu ziehen, anders ausgedrückt, wie sie sich gegenüber der Perspektive eines möglichen künftigen Krieges verhielten.

Der Verfasser dieses Beitrages ist diesen Fragen im Zusammenhang mit einem größeren Forschungsobjekt<sup>45</sup> über die »Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges« nachgegangen und zu folgendem Ergebnis gekommen: Eine konsequente Verständigungspolitik (ausdrückli-

<sup>45</sup> Wolfram WETTE: Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen nationalsozialistischer Kriegspolitik. Kap. I: Militaristische und pazifistische Ideologien in der Endphase der Weimarer Republik. Erscheint voraussichtlich im Herbst 1978 in Band 1 des vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebenen Werkes »Das Dritte Reich im Weltkrieg«.

cher Verzicht auf Gewalt als Mittel der Außenpolitik und strikte Ablehnung aller militaristischen Tendenzen) hatte in Deutschland bereits vor 1933 keine Bevölkerungsmehrheit mehr hinter sich.

Zu den vorherrschenden ideologischen Strömungen der Zeit gehörte die wie selbstverständlich hingenommene Meinung, der Krieg sei ein legitimes Mittel der Politik. Daran hat offensichtlich auch der Briand-Kellogg-Pakt von 1929 nichts ändern können. Eine weitere Kriegslegitimation erwuchs aus jenen Theorien, die dem Krieg den Charakter und Rang eines Naturgesetzes oder gar eines göttlichen Gesetzes verliehen. Das hatte zur Folge, daß sich für die Anhänger solcher Ideologien das Problem einer Gestaltung aktiver Friedenspolitik erübrigte zugunsten der Bereitstellung von Instrumenten der Machtpolitik (Rüstung und Militär). Soweit sie nicht ohnehin in kaum verhüllter Weise für einen gewalttätigen Imperialismus eintraten, haben die verschiedenen Richtungen der politischen Rechten – Faschisten, Völkische, reaktionäre Monarchisten und konservative Nationalisten – zur Verbreitung von, wie ich formulieren möchte, kriegsfatalistischen Ideologien beigetragen, indem sie beispielsweise das Wort vom Krieg als Vater aller Dinge predigten. In diesem Zusammenhang sind zu nennen: Die NSDAP, diverse völkische Splittergruppen, die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), der deutschnationale Frontsoldatenbund »Stahlhelm«, der Alldeutsche Verband, die sogenannte Konservative Revolution, insbesondere die Kriegsliteratengruppe um Ernst Jünger, das Militär, die vaterländischen Verbände, die studentischen Korporationen und der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, aber auch die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei (DVP) sowie Teile der liberalen Demokraten (DDP) und der Zentrumspartei. In dieselbe Richtung wirkten auch die beiden großen christlichen Kirchen, indem sie Kriege theologisch begründeten und rechtfertigten; und eine ungewollte Mitläuferrolle spielten schließlich die orthodoxen Kommunisten, indem sie die Lehre von der Unvermeidbarkeit von Kriegen im Zeitalter des Imperialismus vertraten.

Als konsequentes Gegenstück zu diesen kriegsbejahenden und kriegsfatalistischen Ideologien gab es die Position des radikalen Pazifismus, derzufolge jede Gewaltanwendung abzulehnen und der Friede machbar war. Die in der gesamten Weimarer Zeit entgegen einer weitverbreiteten Meinung ohnehin wenig einflußreichen Pazifistenorganisationen sanken nach 1930 allerdings zu völliger Bedeutungslosigkeit herab.

Einen gemäßigten Pazifismus – Unterstützung des Völkerbundes, Eintreten für eine Politik der Verständigung und für eine wirkliche Abrüstung, Verurteilung von Krieg und Gewalt bei gleichzeitiger Rechtfertigung der Landesverteidigung – vertraten die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, das republikanische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die

Mehrheit der liberalen Demokraten (Deutsche Demokratische Partei) und Teile des katholischen Zentrums. Aber sowohl der Liberalismus als auch der politische Katholizismus gerieten seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise zunehmend in ein nationales Fahrwasser, was auch zu einer Anpassung an gesinnungsmilitaristische Positionen führte. Diese drückten sich in Klageliedern über das Versagen der *pazifistischen* ersten deutschen Republik aus, in der immer lautstarker vertretenen Forderung nach geistiger und materieller *Wiederwehrhaftmachung*, in der einseitig-heroischen Verklärung des Kriegserlebnisses und in der Anpreisung soldatischer Tugenden sowie in aggressiv-nationalistischen und völkischen Parolen aller Art.

Mit dem Jahre 1929 setzte auch in der Literatur, im Film und in anderen Sektoren des politisierten Kulturbetriebes ein deutlich erkennbarer Boom von Produkten militaristischer Tendenz ein, bei gleichzeitigem Niedergang von Büchern und Filmen mit pazifistischer Tendenz. Es handelte sich insgesamt eindeutig um eine Trendwende. Sie begann 1929/30, setzte sich bis 1933 in verstärktem Maße fort und wurde dann seit der Machtübernahme Hitlers sozusagen staatlich sanktioniert und gefördert. Das Jahr 1933 brachte also weder für pazifistische noch für militaristische Bücher und Filme eine grundlegende Veränderung der Marktsituation mit sich. Die an die Regierungsmacht gelangte NSDAP konnte sich des seit Jahren aufbereiteten Meinungsklimas bedienen.

## 8. Aktuelle und latente Kriegsbereitschaft

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Es soll hier nicht behauptet werden, daß eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung bereits 1933 Hitlers Kriegspläne unterstützt habe.<sup>46</sup> Dazu war Hitlers Buch »Mein Kampf« viel zu wenig bekannt. Wohl aber wird die These vertreten, daß militaristische und kriegsfatalistische Ideologien schon in der Weimarer Zeit, insbesondere in den Jahren 1929-1933, zumindest so weit verbreitet waren wie jene antidemokratischen Ideen, die maßgeblich zur Zerstörung der Republik beitrugen. Diese Entwicklung ist zumal im mittelständischen Bürgertum zu beobachten, das sich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise ökonomisch und sozial bedroht fühlte und sich in dieser vermeintlichen oder tatsächlichen Notsituation vom (indirekt zukunftsweisenden) Rückgriff auf die *heroische Zeit des Krieges* eine ideologische Kompensation ver-

<sup>46</sup> Karl LANGE: Hitlers unbeachtete Maximen. »Mein Kampf« und die Öffentlichkeit. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968; Heinrich August WINKLER: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Köln 1972, S. 181.



sprach.<sup>47</sup> Die andere, praktisch-politische Reaktion war die Unterstützung der radikalsten und aggressivsten Rechtspartei, der NSDAP.

Für das Jahr 1936 bedeutet die These von der Vorherrschaft gesinnungsmilitaristischer Ideologien in der Endphase der Weimarer Republik folgendes: Auch wenn 1936 – und ebenso 1938 während der Sudetenkrise und 1939 während der *Zerschlagung* der Rest-Tschechoslowakei und bei Beginn des Krieges gegen Polen – in Deutschland eine *aktuelle Kriegsbereitschaft* in der Form von Kriegsbegeisterung wie im August 1914 nicht vorhanden war, so hatten doch die autoritären und militaristischen Denktraditionen, aus vielen Kanälen gespeist, und selbstverständlich auch die diktatorische, terroristische und militaristische Politik des NS-Regimes in großen Teilen der deutschen Bevölkerung eine *latente Kriegsbereitschaft* bewirkt, die jederzeit aktualisiert werden konnte. Wo dies auf Widerstand zu stoßen drohte, setzte das Regime Terror ein. Neben den aus rassistischen Gründen Verfolgten befanden sich 1939 etwa 300000 politische Gefangene in den Konzentrationslagern.<sup>48</sup> Sie gehörten zum überwiegenden Teil der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung an.

---

<sup>47</sup> Karl PRÜMM: Die Literatur des Soldatischen Nationalismus der 20er Jahre (1918–1933). Kronberg 1974, S. 70f. und 74; Siegfried KRACAUER: Von Caligari bis Hitler. Hamburg 1958, S. 180f.

<sup>48</sup> Günther WEISENBORN (Hrsg.): Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945. Hamburg 1954, S. 149.